

**DGB-Bildungswerk NRW e.V. (Hg.)**

# **»Schafft die Einheit«**

**Aachen 1945:**

**Die freien deutschen Gewerkschaften  
werden gegründet**

**A 05 - 02247**



# Inhalt

<b>Vorwort</b> .....	7
<b>»Schafft die Einheit«</b>	
Aachen 1945: Die freien deutschen Gewerkschaften werden gegründet <i>Klaus Brülls/Winfried Casteel</i> .....	9
<b>Neubau und Kontinuität:</b>	
Zur Wiedergründung der Gewerkschaften in Westdeutschland vor 60 Jahren <i>Michael Schneider</i> .....	59
<b>Die Gewerkschaften werden noch gebraucht</b>	
<i>Johano Strasser</i> .....	81
Quellen- und Literaturverzeichnis .....	101
Abbildungsnachweis .....	103
Die Autoren .....	104

1. Auflage, März 2005  
Satz und Gestaltung: Klartext Medienwerkstatt GmbH, Essen  
Umschlaggestaltung: Kai Münschke  
Umschlagabbildung: Sammlung Wilfried Casteel  
Druck und Bindung: Koninklijke Wöhrmann bv, Zutphen (NL)  
© Klartext Verlag, Essen 2005  
ISBN 3-89861-445-X  
Alle Rechte vorbehalten  
www.klartext-verlag.de

Michael Schneider

# Neubau und Kontinuität:

Zur Wiedergründung  
der Gewerkschaften  
in Westdeutschland  
vor 60 Jahren

Als vor 60 Jahren Gewerkschafter und auch Gewerkschafterinnen im Westen Deutschlands aktiv wurden, um nach den Jahren von Verbot, Unterdrückung und Verfolgung erneut Gewerkschaften ins Leben zu rufen, da war der Krieg noch nicht oder erst seit wenigen Wochen beendet. Die Städte, das ganze Land und weite Teile Europas waren im brutalsten Sinne des Wortes ein »Trümmerfeld«. Millionen von Toten und Verletzten waren zu beklagen. Millionen von entlassenen Soldaten, von ehemaligen Fremdarbeitern und Kriegsgefangenen sowie die Überlebenden der Konzentrationslager irrten durch Europa. Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen suchten eine neue Heimat.

Dem »totalen Krieg« war die »totale Niederlage« gefolgt: Deutschland war – anders als nach dem Ersten Weltkrieg – von den Truppen der Alliierten besetzt. Zumindest in den westlichen Besatzungszonen eröffnete das die Chance zur Demokratie. Das Besatzungsrecht regelte nicht nur den politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau, sondern damit zugleich Form und Tempo der Wiedergründung von Gewerkschaften.

\*



*Die amerikanische Besatzungsmacht zeigt mit ihrer Fahne die Übernahme sämtlicher Machtbefugnisse an*

Vielfach sofort nach dem Einmarsch der alliierten Truppen – also noch vor der Kapitulation am 8. Mai – waren im Westen Deutschlands spontan Gewerkschaften wiedergegründet worden. Den Anstoß dazu hatten zumeist Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen aus der Zeit vor 1933 gegeben: Sie bildeten einen Ausschuss und beantragten bei der Militärregierung die Neugründung ihrer Gewerkschaften. Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen in Aachen machten den Anfang – wie der Text von Klaus Brülls und Winfried Casteel dokumentiert.

Hier soll die Entwicklung der Gewerkschaften in den Westzonen nachgezeichnet werden; dabei gehen wir von der Situation in Köln aus, zumal dort zwei Männer tätig wurden, die für den Aufbau der Gewerkschaften in den Westzonen und dann der Bundesrepublik Deutschland von großer Bedeutung werden sollten.

In Köln waren es Hans Böckler und Werner Hansen, die kurz nach dem Einmarsch der Amerikaner im März 1945 die Initiative ergriffen: Böckler, inzwischen 70 Jahre alt, war in der Weimarer Zeit Bezirksleiter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes für Rheinland und Westfalen gewesen und hatte die nationalsozialistische Diktatur im »Wartestand« überlebt; und Hansen war gerade aus dem Londoner Exil zurückgekehrt, um beim Aufbau der Demokratie in Deutschland mitzuwirken. Die beiden verkörperten im Grunde die Verhaltensalternativen, die engagierte Gewerkschafter in der Zeit des »Dritten Reichs« hatten – Abwarten oder Widerstand und Exil. Hatte sich auch die übergroße Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder für die Position des »Überwinterns« entschieden, so sei doch nicht vergessen, dass Tausende von Gewerkschaftern und Gewerkschafterinnen in Gefängnisse und Lager geworfen worden waren, dass Hunderte von ihnen ihre Opposition mit dem Leben bezahlt hatten.

Böckler und Hansen luden also Vertreter der früheren Richtungsgewerkschaften zu einer Sitzung ein, auf der die Wiedergründung von Gewerkschaften vorbereitet werden sollte. Schon am 27. März bildeten drei sozialdemokratische, drei



*Köln nach einem Bombenangriff*

christliche und ein kommunistischer Gewerkschafter ein vorläufiges Organisationskomitee, den so genannten Siebener Ausschuss. Dieser beantragte sofort bei der Militärregierung die Zulassung von Gewerkschaften; der Antrag wurde jedoch abgelehnt.

Nach der Kapitulation, am 12. Juni 1945, hatte Hans Böckler dann die Gelegenheit, seine Vorstellungen der britischen Militärregierung persönlich vorzutragen. In einem 5-Punkte-Programm erläuterte er sein Konzept: Die neu gegründeten

Hans Böckler mit  
Arthur Henderson,  
dem britischen  
Unterstaatssekretär  
für deutsche  
Angelegenheiten im  
Dezember 1949



Gewerkschaften sollten weltanschaulich übergreifend, von Staat, Unternehmen und Parteien unabhängig und zentralistisch organisiert sein.

Die britische Militärregierung stimmte mit Böcklers Idee einer zentralistischen Einheitsgewerkschaft nicht überein. Aber sie genehmigte doch die offizielle Gründungsversammlung der »Einheitsgewerkschaften für den Bezirk Köln«, die am 2. August 1945 im Kleinen Gerichtssaal des Kölner Rathauses stattfand. Hier wurde, nachdem sich ehemalige Freie, Christliche und kommunistische Gewerkschafter sowie die Vertreter einzelner Werke bzw. Industriezweige, z.B. der Carlswerke und des Rheinischen Braunkohlenreviers, in ihren Ansprachen zum Aufbau einer weltanschaulich und parteipolitisch übergreifenden Einheitsgewerkschaft bekannt hatten, der sogenannte Fünfer Ausschuss gebildet, der die weitere Gründung von Gewerkschaften in die Wege leiten sollte. Mitglieder dieses Ausschusses waren Dr. Willi Berling, Paul Weh, Alfred Körner, Fritz Wallraff und Heinrich Gerards. Hans Böckler sollte die Aktivitäten dieses Ausschusses koordinieren.

Nachdem sich die alliierten Besatzungsmächte auf der Potsdamer Konferenz am 2. August 1945 – »unter Berücksichtigung der militärischen Sicherheit« – auf die Zulassung von

»freien Gewerkschaften« geeinigt hatten, machten dann weitere Direktiven der britischen Militärregierung vom August bzw. September 1945 den Weg frei für Gewerkschaftsgründungen auf breiter Basis: Allein in der britischen Zone wurden bis März 1946 rund 400 Anträge auf Zulassung von Gewerkschaften gestellt. Die Organisationsprinzipien dieser neuen Gewerkschaften waren ebenso unterschiedlich wie umstritten. Es bestand nicht nur Uneinigkeit über die Gliederung in Berufs- oder Industrieverbände, sondern vor allem über die Schaffung einer einheitlichen Zentral- bzw. Allgemeinen Gewerkschaft oder eines föderalen Gewerkschaftsbundes. Der Riss ging mitten durch die Gewerkschaften der britischen Zone: Böckler und die Gewerkschaften des Westens plädierten für eine zentrale Gewerkschaft, die Hamburger um Franz Spliedt traten – entschieden unterstützt von der britischen Militärregierung – für das Modell eines Gewerkschaftsbundes ein.

Über eine Lehre der deutschen Geschichte waren sich die Gewerkschaftsgründer indessen einig: Die weltanschaulich und parteipolitisch getrennten Richtungsgewerkschaften sollten überwunden sein. Gemeinsames Scheitern 1932/33, gemeinsam erlittene Verfolgung und auch der gemeinsame Widerstand ehemaliger Richtungsgewerkschafter ließen nach 1945 kaum eine Alternative zum Konzept der Einheitsgewerkschaft zu. Das hatte sich schon im Exil herauskristallisiert, denkt man etwa an die Pläne für den Aufbau einer neuen deutschen Gewerkschaftsbewegung, die von der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in London entworfen worden waren. Die vereinzelt Wiedergründungen von Richtungsgewerkschaften – z.B. von christlichen und kommunistischen Bergarbeiterverbänden – blieben nur Episoden.

Die organisationspolitische Aufgabe, der sich die Gewerkschafter gegenübersehen, war überaus schwierig zu lösen. Denn die westlichen Alliierten lehnten nicht nur die Idee einer zentralen Einheitsgewerkschaft ab, sondern sie bestanden darauf, dass die Gewerkschaften vorerst nur auf lokaler Ebene wieder gegründet werden dürften. Diese Einschränkungen

2. Januar 1946

W/B

Herrn  
Major Roosa  
Militärregierung  
Aachen

Antrag!

Eine Versammlung abzuhalten mit dem Zweck der Bildung der Industrieverbände.

Stadt wo der Antrag eingereicht wird , Aachen

Name des Antragstellers: Matthias Wilms, Peterstr. 2

Name und Adresse des Hauptredners: Matthias Wilms, Peterstr. 2.

Ort der Versammlung: Aachen, Talbothalle, Sonntag, den 20.1.46  
morgens 10 $\frac{1}{2}$  Uhr.

Anzahl der zu erwartenden Personen: 1000- 1200

Sind die Personen die der Versammlung eiwohnen gewählte Vertreter einer Gruppe oder einer Arbeitergruppe. Mitglieder des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Angabe der vorgeschlagenen Themen:

Punkt 1: Aufgliederung der Einheitsgewerkschaft in Industrieverbände nach dem Wunsche der englischen Militärbehörde und der englischen Gewerkschaftskommission.

Punkt 2: Verschiedenes.

*Zum Umbau der Einheitsgewerkschaft in Industrieverbände wird am 21. Januar in Aachen eine Gewerkschaftsversammlung einberufen*

folgten weniger der Befürchtung, die neuen Gewerkschaften könnten von Kommunisten unterwandert werden, die dann ein zentral gelenktes Machtinstrument in Händen hielten. Maßgeblich für die Bevorzugung eines langsamen Gewerkschaftsaufbaus war eher das Misstrauen gegenüber verdeckt fortlebenden nationalsozialistischen Ideen, von denen man nach den Erfahrungen der letzten Jahre auch die arbeitende Bevölkerung Deutschlands nicht frei glaubte. Und von Bedeutung für die Organisationspläne der westlichen Alliierten waren zudem Sicherheitsbedürfnisse und antizentralistisch-demokratische Grundüberzeugungen sowie das Vorbild der eigenen, der englischen und amerikanischen, Gewerkschaften; diese warben überdies selbst durch mannigfache Kontakte zu deutschen Gewerkschaftern für ihre Organisationsform. Dass sich das Modell des Gewerkschaftsbundes autonomer Einzelgewerkschaften schließlich durchsetzte, war wohl auch darauf zurückzuführen, dass es in der deutschen Gewerkschaftsentwicklung angelegt war und dementsprechend auch von zahlreichen deutschen Gewerkschaftern befürwortet wurde.

Wie gesagt, dieses Modell entsprach nicht den Vorstellungen der Kölner Gewerkschaftsgründer um Hans Böckler und Werner Hansen. Doch angesichts des Widerstandes der britischen Militärregierung, der im November 1945 auch mit zahlreichen Besprechungen und Denkschriften nicht überwunden werden konnte, schien es Böckler dann doch klüger zu sein einzulernen: Auf der Gewerkschaftskonferenz in Düsseldorf am 7. Dezember 1945 gestand er zu, dass »wir zunächst autonome Gewerkschaften aufzubauen haben, ohne unsere weitergehenden zusammenfassenden Pläne aus dem Auge zu verlieren«. Mit dieser flexiblen Position, die von der Konferenz einstimmig akzeptiert wurde, eröffnete er den Gewerkschaftsgründern die Möglichkeit, mit der Arbeit zu beginnen.

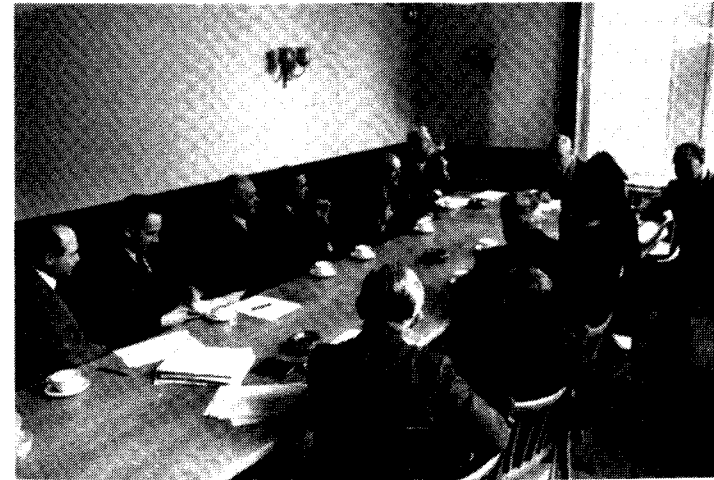
Damit war die Frage der Organisationsform jedoch nicht auf Dauer geklärt, sondern nach dem Willen Böcklers nur vertagt worden. Sowohl auf der ersten Gewerkschaftskonferenz der britischen Zone, die vom 13. bis 14. März 1946 in Hanno-

Mitglieder der Kommission zur Gründung eines zonalen Bundes 1946: (v.l.: Josef Brisch, Franz Deus, Hans Jahn, Michael Rott, Hans Böckler (sitzend), Franz Rosenbruch, Albin Karl, Hans Böhm, N.N., Werner Hansen)



ver stattfand, als auch auf der Gewerkschaftskonferenz in Bielefeld vom 21. bis 23. August 1946 blieb die Frage der Organisationsform umstritten. Doch die Politik der britischen Militärregierung gab letztlich den Ausschlag: Mit Industrial Relations Directive Nr. 10 vom 12. April 1946 wurde die Entwicklung der Gewerkschaften einem Dreiphasenplan unterworfen; zunächst durften die Gewerkschaften nur auf lokaler Ebene Programme und Satzungen entwerfen und erste Versammlungen abhalten; in der zweiten Phase, der der »vorläufigen Entwicklung«, sollten dann Räume angemietet und Mitglieder geworben werden können; die Phase des Wachstums sollte schließlich durch die Wahl von Funktionären und durch die Aufnahme der Gewerkschaftsarbeit gekennzeichnet sein. Der Übergang von einer Phase zur nächsten bedurfte jeweils der Genehmigung der Militärregierung.

An diesen Vorgaben scheiterten die gewerkschaftlichen Bemühungen, möglichst rasch eine Zentralisierung der Organisationen zu erreichen; und völlig blockiert wurden Böcklers Pläne zur Schaffung einer Zentralen bzw. Allgemeinen Gewerkschaft. So waren es dann selbständige Einzelgewerkschaften, die schließlich am 22. bis 25. April 1947 in Bielefeld den Deutschen Gewerkschaftsbund für die britische Zone gründeten, an dessen Spitze Hans Böckler gewählt wurde. Und



Besprechung des DGB-Bundesvorstandes mit Vertretern der Labour Party im April 1949

dieses Organisationsmodell setzte sich in den westlichen Besatzungszonen durch – von der Bildung von Zonen- oder Landesverbänden über zonenübergreifende Zusammenschlüsse bis schließlich zur Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes für die Bundesrepublik Deutschland im Oktober 1949.

Bemerkenswert frühzeitig entfalteten übrigens die Gewerkschaften gerade im Rheinland und in Westfalen eine Fülle von organisationspolitischen Aktivitäten: Schon 1946 wurde auf Anregung Hans Böcklers das Wirtschaftswissenschaftliche Institut gegründet. Bereits 1947 nahm der Bund-Verlag die Arbeit auf; im selben Jahr wurde in Dortmund die vom Land Nordrhein-Westfalen, von der Stadt Dortmund und von den Gewerkschaften getragene Sozialakademie gegründet; und außerdem fanden 1947 zum ersten Mal die Ruhrfestspiele in Recklinghausen statt.

Ziehen wir an dieser Stelle eine Zwischenbilanz: Die Gründung von weltanschaulich und parteipolitisch unabhängigen Einheitsgewerkschaften war etwas Neuartiges; die Bildung von Industrieverbänden und eines Bundes starker Einzelgewerkschaften stand hingegen in der Kontinuität der deutschen Gewerkschaftsentwicklung.

\*



Nur am Rande erwähnt sei, dass – anders als im Westen – der Gewerkschaftsaufbau der sowjetisch besetzten Zone relativ rasch voranging: Mit Befehl Nr. 2 der sowjetischen Militäradministration für Deutschland wurde bereits am 10. Juni 1945 das Recht zur Vereinigung in Gewerkschaften (und zur Bildung von politischen Parteien) gewährt. Schon im Februar 1946 folgte dann die Gründung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB), über dessen Charakter als Staatsgewerkschaft in der späteren DDR hier nicht gesprochen werden muss.

Trotz der von den Besatzungsmächten verordneten Beschränkungen versuchten die Gewerkschafter beharrlich, eine Zusammenarbeit über die Zonengrenzen hinweg zu organisieren: Am 6. November 1947 wurde der Gewerkschaftsrat für die amerikanische und britische Zone gebildet, dem sich am 20. Dezember 1948 der Gewerkschaftsrat der französischen Zone anschloss. Die Bemühungen um einen gewerkschaftlichen Zusammenschluss fanden ihren deutlichsten Ausdruck in den Interzonenkonferenzen der Gewerkschaften aller vier Besatzungszonen. Von Mitte 1946 bis Mitte 1948 trafen sich die Gewerkschafter, um den Zusammenhalt der Organisation zu sichern, um programmatisch-politische Grundsatzfragen zu klären und um die Teilung Deutschlands zu verhindern. Doch mit dem beginnenden »Kalten Krieg« zeichneten sich die unterschiedlichen Gesellschaftsordnungsvorstellungen in Ost und West immer deutlicher auch innerhalb der Gewerkschaften ab, so dass die Reihe der Interzonenkonferenzen im August 1948 abbrach.

Wer geglaubt hatte, die Gewerkschaften würden nach dem Ende der Diktatur binnen kürzester Zeit als demokratische Massenorganisationen mit zentralen Einflussmöglichkeiten wiedererstehen, sah sich getäuscht. Wieder einmal waren die Gewerkschaften auf die lokale und regionale Organisationsebene zurückgeworfen worden. Dies war zusammen mit den Reisebeschränkungen, den schlechten Kommunikationsmög-

# Gewerkschaftsgründung in Alsdorf

Die Gründung der Ortsgruppe Alsdorf des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes am Sonntag, dem 13. Mai, im Gemeinschaftsraum der Zeche Anna I zu Alsdorf gestaltete sich zu einer imposanten antifaschistischen Kundgebung. Der älteste Alsdorfer Gewerkschaftler eröffnete dies von über 90 Funktionären der ehemaligen Freien Gewerkschaften besuchte Versammlung mit herzlichen Begrüßungsworten an alle Anwesenden, besonders der Vertreter der alliierten Militärbehörde und gedachte der durch Tod von uns Gegangenen, besonders des verstorbenen Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika und der durch das letzte Grubenunglück Verunglückten. Er betonte diesen Tag als ein Markstein in der Gewerkschaftsbewegung und ermahnte die Anwesenden, sich der Bedeutung dieses Tages immer bewußt zu bleiben.

Ein alter Gewerkschaftler aus Aachen beleuchtet in kurzen Zügen die Geschehnisse der Jahre nach dem ersten Weltkriege, darauf hinweisend, daß gerade Alsdorf und der Wurmbergbau Veranlassung zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen Arbeitnehmerschaft und dem Unternehmertum geboten und es daher unbedingt nötig sei, durch enge Zusammenarbeit der gesamten Arbeitnehmerschaft irgendwelchen Ursachen zu solchen Vorkommnissen entgegenzuarbeiten. Auch er gedachte der durch Kriegseinwirkung und vor allem durch die Terrormaßnahmen der Nazis aus unserer Mitte Gerissenen, betonend, daß das Andenken an dieselben nicht besser bewahrt werden könne, als in ihrem Geiste den Wiederaufbau der Gewerkschaften zu fördern.

Der derzeitige Geschäftsführer der Gewerkschaften von Aachen behandelte in eingehender Weise alle Fragen, welche der Gewerkschaft zu lösen als Aufgabengebiet zugewiesen sind. Einen größeren Raum nahmen seine

Ausführungen bezüglich der Jugenderziehung in Anspruch. Eingehend beleuchtete er die Schäden, welche hier auszumachen sind und daß es eine der Hauptaufgaben der Gewerkschaften sein müsse, streng mit darüber zu wachen, daß als Jugenderzieher nur solche Personap in Frage kämen, welche von vornherein die Gewähr böten, in wirklich antifaschistischer Weise diese Schäden zu bekämpfen und die Jugend in wirklich demokratischem Geiste zu erziehen. Die von der alliierten Militärbehörde anerkannten Richtlinien begründete und beleuchtete er in eingehender Weise, betonend, daß dieselben sich mit den Beschlüssen auf der Londoner Weltgewerkschaftskonferenz voll und ganz decken.

Die sich anschließende Diskussion, an der sich auch einige Insassen der Konzentrationslager beteiligten, gab ein Bild von dem unbändigen Willen zum Wiederaufbau nicht nur des eigenen Vaterlandes, sondern darüber hinaus das alte Ansehen der Weltöffentlichkeit zu erstreben. Als oberste Bedingung wurde immer wieder der Kampf gegen den Faschismus und seine Auswüchse hervorgehoben.

Aufgabe der Gewerkschaften müßte es sein, bei allen Behörden, auch bei den alliierten Mächten, dahinzustreben, daß die Nazielemente nicht nur aus der Verwaltung, sondern auch aus der Wirtschaft entfernt werden.

Nachdem noch die Wahl der leitenden Personen für die Ortsgruppe Alsdorf, welche die Ortschaften Alsdorf, Mariadorf, Schaufenberg und Hönges umfaßt, getätigt war, fand die Gründungsversammlung nach 3stündiger Dauer ihr Ende und jeder der Anwesenden schied in dem Bewußtsein, auf dem Wege zur Schaffung eines wirklich demokratischen Deutschland, einen Schritt vorwärts getan zu haben.

## Gemeinschaftsarbeit hilft am Wiederaufbau

Nun, wo der Friede da ist, sind die Schrecken und Ängste der vergangenen Jahre überwunden. Jetzt heißt es wieder aufbauen.

Die Schwierigkeiten hierbei sind groß, deshalb muß jeder mit anfangen, um sie zu beseitigen. Ein großes Problem ist das Beseitigen des Schuttes. Leider wird hier noch viel gestündigt und statt den Schutt zu entfernen, sieht man allenthalben, daß die Bevölkerung ihren Unrat und Abfall einfach auf die Trümmer vor ihrer Haustür schütten. Neben der Verunstaltung des Straßenbildes sind diese Trümmer- und Abfallhaufen eine stetige Gefahr für die Gesundheit der Bevölkerung.

Wir wissen bereits auf die Notwendigkeit von Schuttmassen hin, um den Staub und den Druck zu verkleinern und so einer Krankheit

inhaber bzw. derjenige, der den Garten bearbeitet, an dem betreffenden Grundstück seinen Namen anbring und seine genaue Anschrift. Außerdem muß jeder, der sich in seinem Garten aufhält, seinen Fuß und die Bescheinigung der Landwirtschaftskammer über die Zuteilung des Grundstückes mit sich führen.

## Kleingärten für Rückwanderer

Für alle, die noch keinen Kleingarten besitzen und solche, die in letzter Zeit zurückgekehrt sind, teilt die Landwirtschaftskammer mit, daß in der Stadt noch eine walter größere Anzahl von Gärten brach liegen. Es wird erwartet, daß die Zurückgekehrten sich dieser Gärten annehmen, damit auch sie für die Erzeugung ihrer Nahrungsmittel Sorge tragen.

Wenn auch die Zeit schon weit vorgeschritten ist, so ist es doch noch nicht zu spät, um einen Garten zu besetzen. Nach

Fra melde  
Bach,  
Aache  
Volks:  
Polize  
ten B:

Stoll  
in der  
wird  
zugefü  
größer  
den 5  
reich  
gen. I  
der z  
werk ;  
Allgen  
Auch  
ihrer s  
horten  
Aufgal  
tätigen  
Ordnere  
terials  
Weise  
Stricker  
erhalte  
den. D  
Nutzer  
stellt  
sprech  
schäftl  
über d  
Erzeu  
den.  
schieler  
dringe

Kl  
Stoll  
Stolbe  
Punkt  
ten 1  
Kleing  
funder  
bearba  
Auf  
sehr n  
gelöst  
gesetz  
und 2  
fümer  
Sinne  
walter  
bestim  
auf il  
berg t  
einget  
haben  
men.  
nunes:

Gewerkschaftsgründungen – hier in Alsdorf, 13. Mai 1945

lichkeiten sowie dem Mangel an Papier eine schwere Behinderung der gewerkschaftlichen Arbeit.

Die Schwerpunkte der gewerkschaftlichen Aktivitäten in der direkten Nachkriegszeit waren durch die Situation vorgegeben: Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Hunger – das waren die Kennzeichen des Elends; so waren in Köln fast 70 % des Wohnraums zerstört, und die Produktion war auf 15 % des Standes von 1936 zurückgegangen. Beginn der Produktion, Verhinderung der Demontagen und wirtschaftlicher Wiederaufbau sowie die Versorgung der Bevölkerung mit den lebensnotwendigen Gütern – dazu wollten die Gewerkschaften beitragen. Mancher Unternehmer, belastet durch seine Tätigkeit als »Wehrwirtschaftsführer« im nationalsozialistischen Staat, war untergetaucht oder interniert; so waren es Gewerkschafter und Betriebsräte, die in einzelnen Betrieben die Produktion in eigener Regie wieder in Gang setzten; sie leiteten die Aufräumarbeiten, organisierten die Instandsetzung von Hallen und Maschinen und sorgten für Rohstoffe und Aufträge.

Ihre traditionellen Arbeitsfelder waren den Gewerkschaften jedoch weitestgehend verschlossen. Zwar wurde in den westlichen Besatzungszonen nach und nach die Koalitionsfreiheit, das Schlichtungswesen, das Betriebsrätegesetz und auch der Achtstundentag als Regelarbeitszeit wiederhergestellt. Die Löhne wurden auf dem Niveau vom 8. Mai 1945 eingefroren, so dass den Gewerkschaften – zumindest bis November 1948 – das Kernstück ihrer Tarifpolitik genommen war.

Auch die alliierten Beschränkungen kollektiver Aktion trugen dazu bei, dass viele Menschen einen individuellen Ausweg aus der Not suchten: Hamsterfahrten, Gemüseanbau im Schrebergarten und Suche von Arbeitsplätzen mit besserer Entlohnung (zum Teil in Naturalien) waren begehrte Möglichkeiten, die eigene Situation zu verbessern. Auch die hohe Arbeitslosigkeit sowie die Konkurrenz der Arbeitenden und Arbeitsuchenden untereinander waren für die Mitgliederentwicklung der Gewerkschaften kaum förderlich. Überhaupt spielten Gewerkschaften im Bewusstsein breiter Kreise der Bevölkerung eine



*Maïumzug in Aachen  
1946; Tafelmotto:  
»Für Glaubens- und  
Gewissensfreiheit«*

geringere Rolle als die Gewerkschaftsgründer erwarteten. Viele, die im »Dritten Reich« aufgewachsen waren, hatten doch selbst keine Erfahrung mit Gewerkschaften machen können. Und der traditionelle Konflikt zwischen Kapital und Arbeit wurde vielfach durch den Interessenstreit mit der Besatzungsmacht übertüncht, so dass viele glaubten, auf Gewerkschaften verzichten zu können.

Aber trotz dieser Probleme stieg die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder in der britischen Zone bis 1948 nach und nach auf fast 2,8 Millionen, was einen Organisationsgrad von rund 30 % bedeutete; in der amerikanischen und in der französischen Zone betrug er jedoch nur 24 bzw. 16 %. Die Struktur der Mitgliedschaft zeigte übrigens mit dem überproportional hohen Anteil an industriellen Facharbeitern sowie männlichen Arbeitnehmern eben jene traditionellen Schwerpunkte, die sie auch heute noch – in etwas abgeschwächter Form – kennzeichnen.

\*

Die Gewerkschaften der Nachkriegszeit erstickten jedoch nicht im Alltag, der mit dem Aufbau der Organisationen einerseits und der Linderung der akuten sozialen Nöte andererseits eine

enorme Belastung brachte. Vielmehr zielten die gewerkschaftlichen Forderungen auf eine grundsätzliche gesellschaftliche Neuordnung: Entnazifizierung von Staat und Wirtschaft, Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum, Mitbestimmung und Wirtschaftsplanung – das waren die Kernpunkte des damaligen gewerkschaftlichen Programms. Dass diese Forderungen keinen Sprengstoff für die sich gerade bildenden Einheitsgewerkschaften barg, lag auch daran, dass derartige Ziele von den meisten großen politischen Gruppierungen – also auch von der CDU der britischen Besatzungszone in ihrem Ahlener Programm vom Februar 1947 – verfolgt wurden.

Mitbestimmung und Sozialisierung – das waren die Eckpfeiler des politischen Sofortprogramms der Gewerkschaften. Dabei galt die gesetzliche Einführung der Mitbestimmung vor allem auf Unternehmensebene als Sofortmaßnahme, da man

davon ausging, die eigentlich angestrebte Sozialisierung in der Notsituation direkt nach dem Zusammenbruch nicht durchsetzen zu können. Die Chance zur Verankerung von Mitbestimmungsrechten kam mit den ersten konkreten Entflechtungsmaßnahmen der britischen Militärregierung: Zum 1. März 1947 wurde in der Eisen- und Stahlindustrie die paritätische Mitbestimmung eingeführt. Dass die Arbeitgeber dieser Branche Anfang 1947 selbst die Einführung der Mitbestimmung angeboten hatten, diente wohl vor allem dazu, die Gewerkschaften als Verbündete gegen die alliierten Demontage- und Entflechtungspläne zu gewinnen. Außerdem sollten die Zugeständnisse in der Mitbestimmungsfrage etwaige Unruhen in der

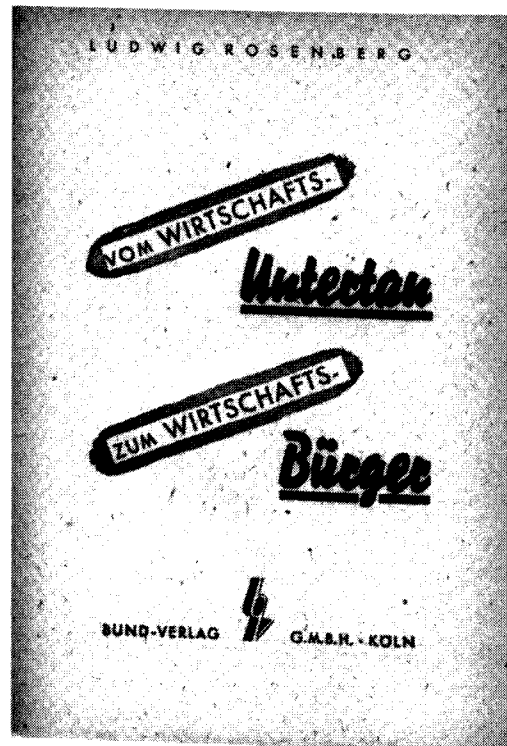
Arbeiterschaft abfangen und damit zugleich die Sozialisierungsforderung versanden lassen.

Denn eine Zeitlang sah es in der Tat so aus, als könnten die Sozialisierungsforderungen realisiert werden. In mehreren Länderverfassungen wurde 1946/47 die Möglichkeit von Enteignungen zugunsten der Allgemeinheit vorgesehen. Doch sehr rasch zeigte sich, dass derartige Pläne nicht den erwarteten Rückhalt bei den Besatzungsmächten hatten. So wurde z. B. das Gesetz zur Überführung des Bergbaus in Gemeineigentum, das der nordrhein-westfälische Landtag verabschiedet hatte, im September 1948 von den Militärgouverneuren der Bizone suspendiert; die Sozialisierung sei, so meinten die Besatzungsmächte und auch ein großer Teil der deutschen Politiker, eine Frage des Bundesrechts, die erst nach Gründung eines westdeutschen Staates geregelt werden dürfe.

\*

Vielleicht gerade, weil die Gewerkschaften ihre Handlungsmöglichkeiten in der Nachkriegszeit begrenzt sahen, formierten sich Proteste der Arbeitnehmer vielfach spontan – ohne und zum Teil gegen sie. Schon im Herbst 1946 hatten sich Bergarbeiter gewiegert, Sonderschichten zu fahren. Die in der Arbeiterschaft verbreitete Unzufriedenheit mit der Ernährungslage, aber auch mit der schleppenden Verwirklichung zentraler Neuordnungsvorstellungen brach im April und Mai 1947 in Demonstrationen und Streiks im Ruhrgebiet auf. Nicht nur die Militärverwaltung, sondern auch die Gewerkschaften wandten sich gegen derartige Protestaktionen, die sie in der allgemeinen Notsituation für unverantwortlich hielten. Getreu dieser Position versagten die Gewerkschaften auch der Streikwelle im Winter und Frühjahr 1948 ihre Unterstützung, der im April 1948 eine einmalige Lohnerhöhung von 15 %, zugestanden vom Alliierten Kontrollrat, den Wind aus den Segeln nehmen sollte. Hier zeigten sich Grundmuster sozialer und wirtschaftlicher Konfliktlinien, wie sie seit dem Ersten Weltkrieg und der Revolutionszeit 1918/19 in Krisenzeiten immer wieder zu Tage traten – und treten.

Die Broschüre  
erschien 1948



Hungerdemonstration  
in Düsseldorf am  
28.3.1947 mit  
80.000 bis 100.000  
Teilnehmern



Vor allem die Erfahrung mit dem Scheitern der Sozialisierungspläne und die Enttäuschung über die Folgen der Währungsreform vom 20. Juni 1948 ließen die Gewerkschaften für einige Zeit einen neuen Kurs steuern: Im Oktober 1948 beschloss der Gewerkschaftsrat der Bizone, einen Generalstreik vorzubereiten. Ziele des Streiks waren eine Rücknahme der als ungerecht empfundenen Begünstigung der Sachwertbesitzer durch die Währungsreform und die Einrichtung eines entsprechenden Lastenausgleichs zugunsten der Lohnempfänger einerseits, die Durchsetzung der Wirtschaftsdemokratie durch Mitbestimmung und Sozialisierung andererseits. Innergewerkschaftliche Uneinigkeit, aber auch der Einspruch der Militärgouverneure ließen am 12. November 1948 nur einen 2-stündigen Demonstrationsstreik in der amerikanischen und britischen Zone zu; von etwa 11,7 Millionen Arbeitnehmern beteiligten sich 9,25 Millionen am Streik. In der französischen Zone herrschte Streikverbot.

Politische Differenzen in den Führungsgremien der Gewerkschaften und Beschränkungen durch Auflagen der Alliierten verhinderten, dass die Gewerkschaften 1947/48 ihre organisatorische Stärke politisch geltend machen konnten. Mit dem Anlaufen der Marshallplan-Hilfe und der beginnenden wirt-

schaftlichen Besserung sowie mit dem sich immer deutlicher zeigenden Zwangscharakter der Politik in der sowjetischen Besatzungszone wurde ihren Argumenten gegen das Konzept der »freien« bzw. »sozialen Marktwirtschaft« zusehends der Boden entzogen. Auch blieb den ohnehin begrenzten gewerkschaftlichen Verfassungsvorstellungen eine nachdrückliche Vertretung versagt, gingen doch sowohl führende Gewerkschafter als auch Sozialdemokraten davon aus, das Grundgesetz habe ohnehin nur provisorischen Charakter und bei den bevorstehenden ersten Bundestagswahlen werde die SPD – so wurde erwartet – eine Mehrheit erlangen, die es ihr gestatten müsse, die gewerkschaftlich-sozialdemokratischen Vorstellungen auf gesetzlichem Wege in die Tat umzusetzen. – Wie wir wissen, sollte es anders kommen.

\*

Ziehen wir eine Bilanz des gewerkschaftlichen Neuanfangs nach 1945: Oftmals wurde und wird beklagt, dass die Gewerkschaften in der Nachkriegszeit die Chance verpasst hätten, ihre umfassenden Neuordnungsvorstellungen – gemeint ist vor allem die Sozialisierung – durchzusetzen. Misst man das Ergebnis der Politik der Gewerkschaften an den eigenen Umgestaltungsansprüchen der Nachkriegsjahre, wird man dieser These zunächst zustimmen wollen.

Doch schauen wir etwas genauer hin: Wie sah es – bei realistischer Betrachtung – mit den Durchsetzungsmöglichkeiten der Gewerkschaften aus?

Zunächst einmal muss geklärt werden, ob die direkte Nachkriegszeit wirklich – wie man immer wieder hört – eine »Stunde Null« der deutschen Geschichte war, in der ein völlig neuer Anfang – sozusagen »jenseits des Kapitalismus« – hätte gemacht werden können? Wohl kaum, so wird man aus heutiger Sicht sagen: Deutschland war zwar unübersehbar ein Trümmerfeld, und mit dem Kriegsende war auch das politische System, die nationalsozialistische Diktatur, zusammengebrochen. Doch der politische und wirtschaftliche Wiederaufbau



fang nicht bei Null an: Eigentumsordnung, Wirtschaftsstruktur und weitverbreitete politische Grundvorstellungen waren gewiss durch die Ereignisse der letzten zwölf Jahre erschüttert, indessen nicht zerstört worden. So sind gerade auf diesem Gebiet die Anzeichen historischer Kontinuität zu beachten. Und außerdem sahen sich die Befürworter einer grundsätzlichen Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, für die mit dem Kriegsende eine »neue Zeit« anzubrechen schien, im Westen Besatzungsmächten gegenüber, die keineswegs zu sozialistischen Experimenten neigten. Gegen die Militärregierungen konnten die Gewerkschaften die Verwirklichung ihrer Neuordnungsvorstellungen nicht erzwingen.

Dann ist zu fragen, wie hoch man angesichts der katastrophalen Versorgungssituation Mobilisierbarkeit und Durchhaltevermögen der Arbeiterschaft für groß angelegte Arbeitskämpfe veranschlagen soll. Schaut man auf die Forderungskataloge der damaligen Protestaktionen, so hatten die akuten Gegenwartsnöte einen höheren Stellenwert als hochgespannte Neuordnungspläne, wie sie z.B. von den Gewerkschaften vertreten wurden. Auch die Kürze der Streiks 1947/48 spricht nicht für eine stabile Kampfkraft. Dass zudem Streiks, die sich ausdrücklich gegen Maßnahmen der Besatzungsmächte richteten,

überaus riskant gewesen wären, kam erschwerend hinzu. Vor allem aber stellt sich die Frage, ob sich die Bilanz der gewerkschaftlichen Nachkriegspolitik nicht sehen lassen kann, wenn man sie nicht an den damaligen – aus heutiger Sicht ohnedies umstrittenen – Forderungen, sondern an den Zielen wie Arbeitsbeschaffung, Sicherung der Arbeitnehmer gegen soziale Risiken, Verankerung der Mitbestimmung und Aufbau eines demokratischen Staates misst, die den Kernbestand gewerkschaftlicher Arbeit damals und heute umreißen. Mit diesen Zielen knüpften die Gewerkschaften, wie schon in der Frage der Organisationsform, an ihre eigenen Traditionen an und trugen zugleich durch ihre praktische Arbeit – man denke nur an die Mitbestimmung – maßgeblich dazu bei, dass eine neue soziale Ordnung entstand.

Immer wieder sollte sich jedoch zeigen, dass damit keineswegs auf Dauer die Sicherung oder gar der Ausbau der mit Hilfe der Gewerkschaften aufgebauten sozialen und demokratischen Grundordnung garantiert sind. Gerade die politischen Konflikte der jüngeren Vergangenheit, d.h. die Debatten um Arbeitszeitverlängerung, Einschränkung des Kündigungsschutzes und Abbau der Mitbestimmungsrechte, belegen, dass die Gewerkschaften nach wie vor gefordert bleiben, für die Umsetzung ihrer Grundprinzipien – menschliche Solidarität, soziale Gerechtigkeit, freiheitliche Demokratie und internationale Zusammenarbeit – einzutreten.



*Maikundgebung auf dem  
Dortmunder Hansaplatz  
im Jahre 1948*